



Demokratische Rechte als Basis für wirksame Entwicklungszusammenarbeit

Wien, 28.11.2011 - Die Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz (KOO) fordert bei Wirksamkeitskonferenz in Südkorea Anerkennung der Rolle der Zivilgesellschaft

Die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit steht im Zentrum der OECD Konferenz (High Level Forum on Aid Effectiveness), die in Busan, in Südkorea nächste Woche VertreterInnen von Regierungen, Zivilgesellschaft und Privatsektor aus aller Welt vereint. Die Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO) verweist auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft für Entwicklung. Kirchliche Entwicklungsorganisationen zeichnen sich in besonderem Maß durch ihre Wertebasis, Know how, langjährige Partnerschaften sowie Verankerung in der Gesellschaft in Europa wie in den Partnerländern aus. Sie können somit angepasste Lösungen fördern und zur gesellschaftsverändernden Kraft werden.

„Während Regierungen in Busan über mehr Wirksamkeit diskutieren, werden von Äthiopien bis Nicaragua die Rechte der Zivilgesellschaft eingeschränkt, in vielen Ländern sind kritische NGOs mit Verboten, Drohungen und Übergriffen konfrontiert!“, beklagt Heinz Hödl, Geschäftsführer der KOO und verweist auf Entwicklung als politischen Veränderungsprozess, dem man mit technischer Effizienz nicht gerecht werden könne. *„Dabei ist eine funktionierende Zivilgesellschaft ganz wichtig, damit die Menschen selbst Verantwortung für die Entwicklung ihres Landes übernehmen und Missstände aufgezeigt werden.“* Gerade die wichtige politische Rolle ist in der Praxis aber oft unerwünscht.

Die Koordinierungsstelle fordert daher in Busan die Anerkennung der unabhängigen Rolle von Nichtregierungsorganisationen und die Einhaltung von Mindeststandards demokratischer Rechte, um Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft sicherzustellen.

„Die Österreichische Regierung muss sich für Demokratie und Menschenrechte als Basis für eine gut funktionierende Entwicklungszusammenarbeit einsetzen“, fordert Hödl. *„Dies wäre eine logische Konsequenz ihres Sitzes im UN-Menschenrechtsrat.“*

Die KOO anerkennt die Bemühungen von Staatssekretär Waldner in dieser Richtung. Aber um in der internationalen Debatte Gehör zu finden, müsste Österreich auch seine geringen EZA-Beiträge erhöhen.

KOO- Koordinierungsstelle der Österr. Bischofskonferenz f. internationale Entwicklung und Mission
Rückfragen bei Hilde Wipfel, Tel: 01/317 03 21 oder 0676 769 84 32; www.koo.at